

**HT 2018: Urban distinctions.
Praxeologische Perspektiven auf
Segregation und Nachbarschaftlichkeit im
Westeuropa des 20. Jahrhunderts**

Veranstalter: Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands (VHD); Verband der Geschichtslehrer Deutschlands (VGD)

Datum, Ort: 25.09.2018–28.09.2018, Münster

Bericht von: Malte Borgmann, Universität Osnabrück, Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien

Die aktuell vielfach diagnostizierte Spaltung der Gesellschaft, die im Leitthema des diesjährigen Historikertages adressiert wurde, bezieht sich auch auf den städtischen Raum. Jüngstes – wenn auch ungewöhnliches – Beispiel ist Alexander Dobrindts Behauptung, wonach „der Prenzlauer Berg“ die politische Debatte in der Bundesrepublik bestimme.¹ Während Dobrindt damit auf vordergründige Weise die Konzentration bestimmter Lebensstile von wohlhabenderen BürgerInnen thematisierte, war es in der Vergangenheit primär die überdurchschnittliche Präsenz ärmerer und bzw. oder als „anders“ markierter Menschen in bestimmten Stadtvierteln, die Öffentlichkeit und Politik beschäftigte.

Die Sektion befasste sich mit unterschiedlichsten Formen von Segregation und Nachbarschaftlichkeit. In ihrer Einleitung stellte CHRISTIANE REINECKE (Kiel) fest, dass die historischen Ursachen von Segregationsphänomenen selten beachtet würden. Zwar hätten geschichtswissenschaftliche Studien für bestimmte Städte nachgewiesen, dass diese oftmals das intendierte Ergebnis lokaler Politiken gewesen seien, die wiederum von Expertenwissen beeinflusst wurden. Offen bleibe nach diesen Arbeiten jedoch, wie sich die Handlungen der StadtbewohnerInnen zu diesen Dynamiken verhielten. Aus diesem Grund wählten die VeranstalterInnen der Sektion eine praxeologische und akteurszentrierte Herangehensweise, mit der auch die Gültigkeit etablierter Großnarrationen der Gesellschaftsgeschichte überprüft werden sollte.

So sollte anhand der Frage, wer sich in welchen Stadtteilen wie angesiedelt und miteinander agiert hat, nach möglichen Abweichungen von sozialhistorischen Narrativen

wie dem Abschied von der Klassengesellschaft, der Individualisierung und Pluralisierung oder der wachsenden ethnischen Diversität gesucht werden. Zudem sollten durch den Blick auf die Nachbarschaftlichkeit als Übergangsraum von Privatem und Öffentlichem neue Erkenntnisse zum Verhältnis zwischen beiden meist getrennt gedachten Räumen gewonnen werden. Zuletzt interessierte Reinecke, inwiefern urbane Distinktionsweisen und Ortseffekte zur Privilegierung oder Benachteiligung unterschiedlicher Gruppen beigetragen haben und ob dies die Historisierung von Ungleichheitsverhältnissen verändert, die sich meist an Berufen und Einkommensverhältnissen orientiert.

Im ersten Vortrag ging CHRISTINE KRÜGER (Gießen) auf Praktiken der Grenzüberschreitungen im Londoner East End um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert ein. Der Beginn einer sozialräumlichen Segregation, so Krüger, war in London bereits im 18. Jahrhundert erkennbar. Im Gegensatz zu anderen europäischen Großstädten sei London deshalb im späten 19. Jahrhundert bereits weitgehend in einen tendenziell reicheren Westen und einen zusehends homogenen armen Ostteil gespalten gewesen. Letzterer wurde von bürgerlicher Seite als Gefahr betrachtet, weil von diesem Raum sowohl das Risiko von Seuchen als auch von Revolten auszugehen schien. Dies habe allerdings auch Neugier auf die ärmeren Stadtteile unter wohlhabenderen BürgerInnen geweckt, die sich erstens in Spaziergängen in den entsprechenden Vierteln – dem sogenannten „Slumming“ – gezeigt hätten. Zweitens eröffnete die neu entstandene, sozialreformerische „Settlement“-Bewegung im East End Häuser, in denen insbesondere UniversitätsabgängerInnen aus reicheren Elternhäusern freiwillig einige Monate wohnten, um Sozialarbeit zu leisten und den ärmeren BewohnerInnen kulturelle Angebote zu bieten. Der Hintergedanke sei gewesen, dass der mangelnde Kontakt zwischen den sozialen Schichten die größte Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt darstellt. Dies

¹ Alexander Dobrindt, Mehr Bürgerlichkeit wagen. Plädoyer für eine bürgerlich-konservative Wende, URL: <https://www.csu-landesgruppe.de/themen/innen-und-recht-verbraucherschutz-und-kommunalpolitik/mehr-buergerlichkeit-wagen-plaedoyer-fuer-eine-buergerlich-konservative-wende> (29.11.2018).

wertete Krüger einerseits als Beleg dafür, dass die Stadt zunehmend als ein zusammengehöriges Ganzes betrachtet wurde. Andererseits hätten sowohl diese auf wohlfahrtsstaatlichen Ideen basierenden Aktivitäten als auch die „Slumming“-Touren die Wahrnehmung der Gegensätze zwischen den Stadtvierteln noch verschärft. Für die ArbeiterInnen habe die Segregation vor allem soziale Nachteile gehabt, jedoch hätten sie die sozialräumliche Spaltung auch für sich zu nutzen gewusst. So zogen während des Dockarbeiterstreiks von 1889 beispielsweise große Demonstrationzüge der Streikenden durch die Innenstadt und durch reiche Stadtviertel, um gezielt Erinnerungen an drei Jahre zuvor dort stattgefundenen Krawalle zu wecken und somit Drohszenarien aufzubauen. Hieraus schloss Krüger in ihrem Fazit, dass die Vorstellung vom „segregierten Kollektiv als zwar fragmentiertes, aber doch zusammengehöriges soziales Gebilde“ nicht ausschließlich von Bürgerlichen, sondern auch von ArbeiterInnen geteilt und durch Praktiken verstärkt worden sei.

DANIEL WATERMANN (Halle) lenkte mit dem zweiten Vortrag den Blick von Großbritannien in die Bundesrepublik und aus dicht besiedelten Gebieten in die Vorstädte. Entscheidende Voraussetzungen der Suburbanisierung nach 1945 waren ihm zufolge neben dem wirtschaftlichen Aufschwung und der damit verbundenen Entstehung der Konsumgesellschaft auch der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, die Begrenzung der Arbeitszeit, steigende Mieten in den Städten und die staatliche Eigenheimförderung. Anhand der drei Beispiele Hamburg-Allermöhe-Ost (Entstehung 1983–1996), Laher Wiesen in Hannover (1983–1985) und Wentorf bei Hamburg (mehrere Neubauphasen ab ca. 1960) stellte Watermann anschließend relevante Punkte für die Praxis des Eigenheimerwerbs und des Lebens in der Vorstadt vor. Zunächst erläuterte er die Gestaltung der Bebauung und der Gemeinschaftsflächen. Auf den Laher Wiesen wurden ausschließlich Reihen- und Gartenhofhäuser errichtet, zudem ließ man dort viel Platz für Gemeinschaftsräume. Allermöhe war hingegen eine Großsiedlung mit Einfamilienhäusern und Geschosswohnungen sowie einer Fußgängerzone im Zentrum und Grünflächen an den Rändern. Wentorf wie-

derum entwickelte sich durch Neubauten und ohne stadtplanerisches Konzept langsam von einem Bauerndorf zu einer Vorstadt. Außerdem erklärte Watermann zur sozialen Zusammensetzung der Vorstädte, dass auf den Laher Wiesen und in Wentorf vor allem Angehörige der Mittelschicht wohnten, in Allermöhe hingegen hinsichtlich der Einkommensverhältnisse eine Mischung vorherrschte. Watermann betonte, dass neben der auf den Laher Wiesen ansässigen Waldorfschule und dem dortigen partizipativen Planungsverfahren primär die Bau- und Mietkosten in den jeweiligen Vorstädten maßgeblich für die soziale Zusammensetzung der BewohnerInnen gewesen seien. Die Investitionsbereitschaft für einen Umzug in die Vorstadt sei oft auch durch die Hoffnung motiviert gewesen, dort auf NachbarInnen mit ähnlicher sozialer Herkunft und ähnlichen Wohnpräferenzen zu treffen. Für ein etwaiges darüber hinausgehendes Zusammengehörigkeitsgefühl spielten – als dritter Punkt seiner Ausführungen – Lebensstil, Aneignung und Identifikation wichtige Rollen. Die grundlegenden Charakteristika der Vorstadt, nämlich die Verbindungen von Eigenheim und Naturnähe sowie von ländlicher und städtischer Lebensweise, seien in allen drei Fallbeispielen gegeben gewesen. Auf den Laher Wiesen sei durch die gemeinsame Planung „ein hohes Maß an soziokultureller Homogenität und an Identifikation mit der Siedlung“ entstanden. Auch Allermöhe habe nicht dem Klischee von der zunehmenden Anomie in der Vorstadt entsprochen, weil die behördliche Planung dort Freiräume schuf und zudem ein breites bürgerschaftliches Engagement erkennbar war. Letzteres gilt auch für Wentorf, wo es gelungen sei, die neuen BewohnerInnen etwa in Kirchen und Vereine zu integrieren. In seinem Fazit konstatierte Watermann, dass sich Segregation in Vorstädten zunächst durch die bewusste Entfernung von der städtischen Lebenswelt geäußert habe, auf die die BewohnerInnen aber zugleich immer bezogen blieben. Die wechselseitigen „soziokulturellen Überformungen“ zwischen städtischem und ländlichem Raum hätten eine weitere Pluralisierung der Lebensstile ermöglicht.

Der Vortrag von ANNE KURR (Hamburg) richtete anschließend den Blick von den Vor-

städten zurück in das Herz einer europäischen Metropole, nämlich in das reiche 16. Arrondissement in Paris. Die dort und in anderen wohlhabenden Vierteln vorherrschende soziale Homogenität sei selten öffentlich als Problem thematisiert worden. Anders als in den USA oder anderen westeuropäischen Staaten fand in Frankreich in den 1950er- und 1960er-Jahren keine Wanderung der Oberschichten an die Ränder der Städte statt. Obwohl sich die residentielle Segregation im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts noch einmal verschärfte, hätten die vorwiegend aus Portugal und Spanien stammenden häuslichen Bediensteten weiterhin rund 20 % der BewohnerInnen ausgemacht, weshalb Kurr das Zusammenleben der sozialen Gruppen innerhalb des 16. Arrondissements genauer in den Blick nahm. Ein Element seien die zahlreichen Initiativen und Vereine der reichen BewohnerInnen gewesen, die primär zwei Ziele verfolgten. Erstens wollten sie die Ästhetik der Umgebung bewahren und somit die Lebensqualität und das damit verbundene Sozialprestige erhalten. Zweitens wollten bestimmte Vereinigungen ein solidarisches Zusammenleben befördern und dabei vor allem die Belange älterer StadtteilbewohnerInnen berücksichtigen. Insgesamt stellten diese Gemeinschaften „Verbindungen zwischen Individuen ähnlicher sozialer Stellung und Wertevorstellungen“ her und stabilisierten somit das soziale Milieu. Hingegen habe eine deutliche Abgrenzung von migrantischen Minderheiten stattgefunden, die im Bezirk vorwiegend als Hauspersonal arbeiteten. Dies äußerte sich etwa in getrennten Wohnräumen und separaten Hauseingängen und in der Nutzung unterschiedlicher Geschäfte. Die durch vorhandene migrantische Einrichtungen seien im Stadtteil nur schwach sichtbar gewesen. Im öffentlichen Raum kam es kaum zu Begegnungen unterschiedlicher sozialer Gruppen, auch die Arbeitsverhältnisse zwischen HausbesitzerInnen und Hausangestellten seien in der Regel distanziert gewesen. Im Ergebnis hätten die reichen BürgerInnen die meist migrantischen Hausangestellten nicht als BewohnerInnen des Viertels wahrgenommen, sondern sie auf ihre Arbeit reduziert, die als Ausdruck des eigenen sozialen Prestiges galt. Anhand eines exem-

plarischen Artikels aus einer Stadtteilzeitung aus dem Jahr 1984 zeigte Kurr abschließend auf, wie sich die wohlhabenden BewohnerInnen selbst als „rechtmäßige Inhaber des Stadtraums“ klassifizierten und bereits die Ansätze sozialer und ethnischer Durchmischung an den Rändern des Bezirks als Gefahr inszenierten. In ihrem Fazit schloss Kurr, dass die Praktiken der Abgrenzung der französischen Oberschicht im 16. Arrondissement das Narrativ des Abschieds von der Klassengesellschaft in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in Frage stellen.

Aus dem reichen 16. Arrondissement in die tendenziell armen Sanierungsviertel bundesdeutscher Großstädte sprang DAVID TEMPLIN (Osnabrück), der sich im letzten Vortrag mit sogenannten „Ausländervierteln“ befasste. Tatsächlich, so konstatierte er eingangs, seien in fast allen dieser Stadtteile BewohnerInnen ohne deutsche Staatsangehörigkeit klar in der Minderheit gewesen. Der verstärkte Zuzug von MigrantInnen in Altbauviertel habe in den frühen 1970er-Jahren etwa zeitgleich mit dem Familiennachzug begonnen, nachdem die MigrantInnen zuvor primär in Wohnheimen in der Nähe der Betriebe gelebt hatten. In der zeitgenössischen Literatur umstritten und auch im Nachhinein nicht eindeutig zu klären sei die Frage, wie stark die freiwillige Entscheidung der MigrantInnen für spezifische Wohnlagen einerseits und die rassistische Diskriminierung etwa durch VermieterInnen und Wohnungsämter andererseits als Ursache für die Entstehung der vermeintlichen „Ausländerviertel“ zu gewichten sind. Ein weiterer Akteur war die deutsche Bevölkerung, deren Wegzug in Neubauviertel oder in die Vorstädte dem Zuzug von MigrantInnen einerseits vorausging, der sich aber beschleunigte, sobald ein Stadtteil den Charakter eines „Ausländerviertels“ annahm. Die Motive hierfür seien vielschichtig gewesen, jedoch sei die Entwicklung medial und politisch rasch als Problem der „Ausländerkonzentration“ verhandelt worden und Stadtverwaltungen versuchten mancherorts, dem konstatierten Attraktivitätsverlust bestimmter Stadtteile mit Zuzugssperren für MigrantInnen entgegenzuwirken. Templin zufolge führten diese Regelungen jedoch lediglich zur Verschärfung

der Wohnungsknappheit für die Betroffenen. Hinsichtlich des Alltags innerhalb der Stadtteile ergaben ethnographische Beobachtungen in den 1970er-Jahren, dass es im öffentlichen Raum kaum zu Kontakten zwischen deutschen und migrantischen BewohnerInnen gekommen sei. Auch innerhalb der Wohnhäuser war das nachbarschaftliche Zusammenleben zwischen Deutschen und MigrantInnen, so Templin, „weitgehend distanziert und teilweise von rassistischen Anfeindungen geprägt“, obwohl auf Seiten der MigrantInnen eine Mehrheit durchaus private Kontakte gewünscht habe. Diesen Schluss legten zumindest Umfragen und sozialwissenschaftliche Studien nahe, wobei diese – wie auch die meisten geschichtswissenschaftlichen Untersuchungen – von einer binären Unterscheidung zwischen „Deutschen“ und „Ausländern“ geprägt waren, die Templin zufolge „ein Grundproblem der Segregationsforschung“ darstellt. Studien mit historischer Perspektive haben hingegen das Potenzial, so Templins Appell, die Vorstellung von „Ausländervierteln“ zu dekonstruieren und die unterschiedlichen AkteurInnen stärker in den Blick zu nehmen.

AXEL SCHILDT (Hamburg) begrüßte in seinem Kommentar, dass alle Beiträge Segregation nicht statisch, sondern als permanenten Prozess verstanden. Er regte unter anderem an, auch bürgerliche Interessenvertretungen verstärkt in den Blick zu nehmen, da Protest „nicht nur unter roten Fahnen“ stattfindet. Zudem wies er auf die Relevanz des Schulalltags hin, da reichere BewohnerInnen mit Verweis auf die Schulsituation oft ihren Wegzug aus ärmeren Stadtteilen begründet haben. Auch VermieterInnen könnten als wichtige AkteurInnen in Segregationsprozessen untersucht werden.

In der Abschlussdiskussion unter Beteiligung des Publikums wurde neben den von Schildt genannten Punkten unter anderem die hochaktuelle Frage diskutiert, ab wann anti-migrantische Einstellungen und Praktiken als rassistisch zu bewerten sind und ob eine solche Bezeichnung eine genauere Analyse eher ermögliche oder erschwere. Zudem zeigte sich, dass Praktiken der sozialen Kontrolle in den untersuchten Stadtteilen bzw. Vorstädten von unterschiedlicher Bedeutung wa-

ren, um die Segregation herzustellen und aufrechtzuerhalten.

Insgesamt erwies sich der praxeologische Ansatz der Sektion als hervorragend geeignet, um die eingangs von Reinecke aufgeworfenen Fragen zu erörtern. Einige der gesellschaftsgeschichtlichen Narrative erschienen mit Blick auf die untersuchten Räume nicht haltbar, andere wurden hingegen durch die Vorträge im Kern bestätigt und eindrucksvoll um neue Perspektiven ergänzt. Während in den Vorträgen in erster Linie die BewohnerInnen selbst im Vordergrund standen und Arbeiten der ReferentInnen zudem weitere AkteurInnen wie SozialwissenschaftlerInnen, Verwaltung und Lokalpolitik einbezogen², wäre es für künftige Studien zu westeuropäischen Großstädten in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts vielversprechend, – wie während der Sektion bereits angedeutet wurde – auch die Vermietungspraxis staatlicher und gemeinnütziger Wohnungsgesellschaften zu untersuchen, da diese vielerorts einen großen Anteil am Wohnungsmarkt besaßen.

Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Anne Kurr (Hamburg) / Christiane Reinecke (Kiel) / David Templin (Osnabrück)

Christiane Reinecke (Leipzig): Einführung

Christine Krüger (Gießen): Arbeiterproressionen und bürgerliches Slumming. Praktiken sozialer Grenzziehung im Londoner East End um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert

Daniel Watermann (Halle-Wittenberg): Haus-erwerb und Hausbesitz als soziale Praxis. Wohnen in Middle-Class Suburbia nach 1945

² Vgl. etwa Christine Krüger, Slums und Villenviertel. Städtische Grenzziehungen und Sicherheitsentwürfe in London und Hamburg im ausgehenden 19. Jahrhundert, in: *Saeculum* 68/1 (2018), im Erscheinen; Anne Kurr, Die „gute Adresse“. Reiche Stadtviertel in Paris und Hamburg in den 1950er bis 1980er Jahren, in: *Moderne Stadtgeschichte*, Heft 2 (2017), S. 13–29; Christiane Reinecke, Localising the Social. The Rediscovery of Urban Poverty in Western European ‘Affluent Societies’, in: *Contemporary European History* 24 (2015), S. 555–576; David Templin, Gentrification. Aufstieg eines Deutungsmusters in Großbritannien, den USA und Deutschland, 1964–1990, in: *Moderne Stadtgeschichte*, Heft 2 (2017), S. 49–65.

Anne Kurr (Hamburg): Nur Zäune und Hecken? Nachbarschaftlichkeit und soziale Grenzziehungen in einem großbürgerlichen Viertel in Paris im späten 20. Jahrhundert

David Templin (Osnabrück): „Deutsches Heim - Glück allein“? Immigration, Nachbarschaftlichkeit und Ausgrenzung in westdeutschen Großstädten seit den 1960er Jahren

Axel Schildt (Hamburg): Kommentar und Diskussionsleitung

Tagungsbericht HT 2018: *Urban distinctions. Praxeologische Perspektiven auf Segregation und Nachbarschaftlichkeit im Westeuropa des 20. Jahrhunderts*. 25.09.2018–28.09.2018, Münster, in: H-Soz-Kult 14.12.2018.